

Bern, 25. November 2014

Medienmitteilung

Die FDP fordert echte CO₂-Lenkungsabgabe anstelle von versteckten Steuern

Schweizer Volk muss über Energiestrategie 2050 abstimmen können

Die FDP-Liberale Fraktion hat anlässlich ihrer heutigen Sitzung die Energiestrategie 2050 des Bundesrates behandelt. Zwar anerkennt sie die Notwendigkeit zur effizienten Nutzung der Energieressourcen, steht jedoch der Strategie des Bundesrates kritisch gegenüber. Dieses umfassende Projekt verlangt nach der Zustimmung des Volkes: Die Schweizer Bürger sollen sich zum Gesamtpaket Energiestrategie äussern können. *FDP.Die Liberalen* hat aus diesem Grund eine Online-Petition lanciert, welche Klarheit und Transparenz seitens des Bundesrats zur Energiestrategie fordert.

Die FDP-Liberale Fraktion will die Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen sowohl für Bürger wie auch für Unternehmen sicherstellen. Die in der neuen Energiepolitik vorgesehenen Massnahmen müssen durch steuerliche Anreize und nicht durch Steuern auf den Strompreis finanziert werden. Die FDP-Liberale Fraktion hat den Rückweisungsantrag (Minderheit II) unterstützt und entspricht damit auch einer Forderung der FDP-Parteipräsidentenkonferenz.

FDP zeigt klaren Weg vom Fördern zum Lenken

Als einzige Partei hat die FDP mit ihrer Parlamentarische Initiative „Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung“ ([14.436](#)) auf Verfassungsstufe einen klaren Weg „vom Fördern zum Lenken“ aufgezeigt. Unternehmen und Privatpersonen können sich durch das Abschliessen und Einhalten verbindlicher Zielvereinbarungen zur Senkung des CO₂-Ausstosses und zur Steigerung der Energieeffizienz die CO₂-Lenkungsabgabe vollumfänglich rückerstatten lassen. Eine Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) von 1.5 auf 2.3 Rp./kWh ist für die FDP keine Option.

Nein zur Atomausstiegs-Initiative

Ebenso lehnt die FDP ein Technologieverbot sowie das vorgeschlagene Langfristbetriebskonzept für AKW ab. Gemäss der Energiestrategie 2050 plant der Bundesrat nach und nach aus der Atomenergie auszusteigen. Dies als Reaktion auf die Forderung der Grünen, welche die Volksinitiative "Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)" eingereicht haben. Die FDP-Liberale Fraktion stellt sich strikt gegen diese zu extreme Initiative.

Solange die Sicherheit der bestehenden Atomkraftwerke gewährleistet ist, sollen diese weiterbetrieben werden können. Den Anteil an importiertem Strom wesentlich zu erhöhen anstatt auf einheimische Ressourcen zu setzen, ist der falsche Weg. Die

FDP-Liberale Fraktion verteidigt eine liberale Energiepolitik, welche die Bürger zum nachhaltigen Konsum ermutigt ohne sie übermässig zu besteuern. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

- › Gabi Huber, Fraktionspräsidentin, 076 331 86 88
- › Christian Wasserfallen, Nationalrat, 078648 39 71
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48